

## Inhalt

Tagung des Europäischen Rates vom 15. und 16. Oktober 2008 in Brüssel.....	1
Europäisches Parlament verabschiedet Entschließung betreffend Ergebnisse des Europäischen Rates.....	2
Catherine Ashton ist neue EU-Kommissarin für Außenhandel .....	3
Salzburg wird „Centre of Excellence“ für European Union Studies.....	3
Europäische Kommission veröffentlicht Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt .....	4
EP-Verkehrsausschuss diskutiert neue Wegekostenrichtlinie .....	5
Transeuropäische Verkehrsnetze – Magistrale-Koordinator Péter Balázs legt seinen 3. Jahresbericht vor .....	6
11. European Health Forum Gastein – Teilnahme von EU-Gesundheitskommissarin Androulla Vassiliou - Seltene Krankheiten als Schwerpunktthema.....	6
Grünbuch zu landwirtschaftlichen Qualitätsprodukten.....	7
GAP-Gesundheitscheck: Abstimmung im EP-Ausschuss .....	7
Europäisches Parlament verabschiedet Bericht zur Wasserknappheit und Dürre .....	8
Globale Allianz gegen den Klimawandel .....	9
Soziale Integration und Bekämpfung der Armut in der EU .....	9
Maßnahmenpaket zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben .....	9
Zuständigkeit bei Scheidungen „internationaler“ Ehen .....	10
Schutz von Kindern bei der Nutzung des Internets .....	11
Bedenken gegen den Einsatz von Ganzkörper-Scannern an Flughäfen .....	12
Erasmus Mundus II – Programm wird vom Europäischen Parlament verabschiedet.....	12
Europäisches Parlament anerkennt und übernimmt Symbole der EU .....	12
Subsidiaritätskonferenz des Ausschusses der Regionen (AdR) und des französischen Senats am 24. Oktober 2008 in Paris .....	13
76. Plenartagung des Ausschusses der Regionen .....	14
Open Days 2008.....	14
Länderbriefing im Verbindungsbüro Salzburg zur Versammlung der Regionen Europas.....	14
VRE-Training Academy von 14. bis 15. Oktober 2008 in Brüssel.....	15
Netzwerktreffen der Salzburgerinnen und Salzburger in Brüssel .....	15
Bürgerforum des Europäischen Parlaments tagt in Salzburg .....	16
HTL Hallein in Brüssel .....	16
Gemeinde Fusch zu Besuch in der Europahauptstadt .....	16
Aktuelle Förderausschreibungen – Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen – Kofinanzierungsmöglichkeiten durch die EU .....	16
Projektpartnerschaften .....	19
Publikationen – Veranstaltungen – Sonstiges .....	19
Internes.....	20
Ausblick auf die nächste Extrablattausgabe: .....	21

# Extrablatt

## aus dem EU-Verbindungsbüro Brüssel

### Tagung des Europäischen Rates vom 15. und 16. Oktober 2008 in Brüssel

Die Tagung des Europäischen Rates vom 15. und 16. Oktober 2008 stand im Zeichen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Staats- und Regierungschefs einigten sich im Rahmen der zweitägigen Sitzung im Hinblick auf die Krise auf ein Gesamtpaket, in dem die Beschlüsse der Euro-Gruppe, die einige Tage zuvor in Paris entschieden wurden, von allen 27 EU-Mitgliedstaaten übernommen wurden. Nachstehend die wichtigsten Punkte des Pakets:

- Der Europäische Rat bekräftigte die Zusicherung, dass unter allen Umständen die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um die Stabilität des Finanzsystems zu wahren, die wichtigsten Finanzinstitute zu stützen, Konkurse zu vermeiden und die Sicherung der Spareinlagen zu gewährleisten. Diese Maßnahmen sollen insbesondere – in Abstimmung mit den Zentralbanken und den Aufsichtsbehörden – ausreichende Liquidität für die Finanzinstitute sicherstellen, ihre Finanzierung erleichtern und ihnen Kapital zur Verfügung stellen, damit sie weiterhin die normale Finanzierung der Wirtschaft gewährleisten können.
- Es sollen Maßnahmen eingeführt werden, um die Steuerzahler zu schützen und um die Manager und Aktio-

näre in die Verantwortung zu nehmen und die legitimen Interessen der anderen Marktteilnehmer zu wahren.

- Es wird ein informeller Mechanismus zur Frühwarnung, zum Informationsaustausch und zur Evaluierung eingerichtet. In diesen Mechanismus sind Vertreter des amtierenden Vorsitzes, des Präsidenten der Europäischen Kommission, des Präsidenten der EZB (in Verbindung mit den anderen europäischen Zentralbanken) sowie des Präsidenten der Euro-Gruppe und der Regierungen der Mitgliedstaaten eingebunden. Er wird sich auf die bestehenden Verwaltungsstrukturen stützen, kann jederzeit von einem mit einer Krise konfrontierten Mitgliedstaat aktiviert werden und wird die unverzügliche und vertrauliche Unterrichtung der Organe und aller Mitgliedstaaten gewährleisten.
- Der Europäische Rat forderte eine verstärkte Aufsicht über den europäischen Finanzsektor und insbesondere über die multinationalen Konzerne. In diesem Zusammenhang unterstützte er die Einsetzung einer hochrangigen Gruppe durch die Europäische Kommission. In einem ersten Schritt rief der Europäische Rat die einzelstaatlichen Aufsichtsbehörden auf, mindestens einmal monatlich zu einem Informationsaustausch zusammenzukommen.
- Der Europäische Rat unterstrich seine Entschlossenheit, auch außerhalb des Finanzsektors die erforderlichen Maßnahmen zur Unterstützung von Wachstum und Beschäftigung zu treffen. Er ersuchte die Europäische Kommission, bis Ende des Jahres geeignete Vorschläge insbesondere dazu auszuarbeiten, wie die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft bewahrt werden kann.

Weitere Themen, die bei dem diesjährigen Herbstgipfel der Staats- und Regierungschefs der EU behandelt wurden sind folgende:

- **Vertrag von Lissabon:** Erwartungsgemäß fasste der Rat keine konkreten Beschlüsse hinsichtlich der weiteren Vorgehensweise bei der Ratifikation des Vertrages. Grundsätzlich ist weiterhin davon auszugehen, dass das Ratifikationsverfahren fortgesetzt wird. Die irische

Regierung wird ihre Konsultation fortführen, um dazu beizutragen, Vorschläge für eine Lösung der Situation zu erarbeiten.

- **Energie und Klimawandel:** Der Europäische Rat bekräftigte, über das Gesamtpaket der Europäischen Kommission noch im Dezember 2008 unter Einbeziehung des Europäischen Parlaments einen Kompromiss erzielen zu wollen.
- **Energiesicherheit:** Der Europäische Rat einigte sich auf eine Liste von Maßnahmen und Initiativen, die dem Ziel dienen das Energiesicherungspaket raschest möglich umzusetzen.
- **Europäischer Einwanderungs- und Asylpakt:** Der Europäische Rat nahm den Europäischen Asyl- und Migrationspakt an. Der Pakt bildet nunmehr für die Union und ihre Mitgliedstaaten den Sockel für eine gemeinsame Einwanderungs- und Asylpolitik im Geiste der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und der Zusammenarbeit mit Drittstaaten. Die in diesem Pakt genannten Grundprinzipien schlagen sich in einer Reihe von Maßnahmen nieder, die unverzüglich sowohl auf europäischer als auch auf einzelstaatlicher Ebene umgesetzt werden müssen. Darüber hinaus werden diese Grundsätze auch in das künftige Arbeitsprogramm der EU einfließen, das die Kommission im Mai 2009 vorschlagen wird. Die Umsetzung des Pakts wird ab der Tagung des Europäischen Rates im Juni 2010 Gegenstand einer jährlichen Aussprache sein.

*Nähere Informationen betreffend den Europäischen Rat vom 15. und 16. Oktober 2008 finden Sie auf der Seite der französischen Ratspräsidentschaft unter:*

[http://www.ue2008.fr/PFUE/lang/de/accueil/PFUE-10\\_2008/PFUE-16.10.2008/conclusions\\_conseil\\_europeen](http://www.ue2008.fr/PFUE/lang/de/accueil/PFUE-10_2008/PFUE-16.10.2008/conclusions_conseil_europeen)

*Die Schlussfolgerungen zum Europäischen Rat finden Sie unter:*

[http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/ec/103446.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/103446.pdf)

## Europäisches Parlament verabschiedet Entschließung betreffend Ergebnisse des Europäischen Rates

In Hinblick auf die Ergebnisse des Europäischen Rates vom 15. und 16. Oktober 2008 fordern die Europäischen Abgeordneten in einer am 21. Oktober 2008 verabschiedeten Entschließung eine grundlegende Überdenkung der Funktionsweise des derzeitigen Finanzsystems. Die Parlamentarier fordern unter anderem:

- Regulierte und transparente Finanzprodukte;
- Maßnahmen zur Stärkung der Aufsichts- und Regulierungsbestimmungen der EU und des Krisenmanagements auf EU-Regulierungsebene;
- legislative Maßnahmen etwa zur Rolle der Rating-Agenturen, zu Hedge-Fonds oder zu Transparenzanforderungen und Liquidationsregeln;
- staatliche Kontrollen, Verbesserungen der Unternehmensführungsstrukturen, Begrenzungen der Bezüge,

strenge Rechenschaftspflichten gegenüber den staatlichen Stellen sowie Investitionsstrategien für die reale Wirtschaft, wenn öffentliche Gelder zur Rettung eines Finanzinstituts ausgegeben werden;

- eine kohärente Aufsicht auf EU-Ebene für die europäischen Finanzmärkte.

Mit Blick auf den Klimawandel ist das Europäische Parlament der Ansicht, dass die EU-Klimaschutzziele für die Zeit nach 2012 nicht wegen der gegenwärtig vorherrschenden internationalen Finanzkrise in Frage gestellt werden sollten. Das Parlament möchte versuchen in kürzestmöglicher Zeit

eine Vereinbarung zum Thema Klimawandel und über das Energiepaket zu finden. Die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele würden allerdings eingehend auf ihre Auswirkungen auf die sektorspezifische und allgemeine Wettbewerbsfähigkeit von EU-Unternehmen geprüft.

*Die betreffende EntschlieÙung des Europäischen Parlaments finden Sie unter:*

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0506+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## Catherine Ashton ist neue EU-Kommissarin für Außenhandel

Catherine Margaret Ashton, Baroness Ashton of Upholland, ist neue EU-Kommissarin für Außenhandel. Sie folgt Peter Mandelson nach, der die Funktion des britischen Ministers für Wirtschaft, Unternehmen und Regelungsreform übernimmt. Ashton hat Wirtschaftswissenschaften studiert und war unter anderem Parlamentarische Staatssekretärin im Bildungsministerium, im Ministerium für Verfassungsfragen und im Justizministerium von Großbritannien.

*Weitere Informationen zur Außenhandelspolitik finden sie unter:*

<http://ec.europa.eu/trade>

*Informationen über Catherine Ashton, EU-Kommissarin für Außenhandel:*

[http://ec.europa.eu/commission\\_barroso/ashton/](http://ec.europa.eu/commission_barroso/ashton/)

## Salzburg wird „Centre of Excellence“ für European Union Studies

Am 27. Oktober 2008 hat die Universität Salzburg in der Edmundsburg das Zentrum für Europastudien eröffnet. Die Europäische Union hat dem „Salzburg Centre of European Union Studies“ (SCEUS) den Status eines geförderten „Jean Monnet Centre of Excellence“ verliehen. Das Verbindungsbüro des Landes Salzburg hat dafür die Wege geebnet, indem es aktiv bei den EU-Institutionen für dieses Projekt Lobbying betrieben hat. Bereits 2006 fanden mehrere Gespräche zwischen Landeshauptfrau Gabi Burgstaller, der Leiterin des Zentrums, Sonja Puntscher-Riekmann sowie VertreterInnen der Generaldirektion Bildung der Europäischen Kommission und EU-Bildungskommissar Jan Figel statt. Das SCEUS wird sich sozialen, rechtlichen, kulturellen und gesellschaftspolitischen Fragen und Problemen des europäischen Gesellschaftsmodells widmen.

### **Zur Information - Jean Monnet Centre of Excellence :**

Im Rahmen des „Life Long Learning“ Programms hat die Europäische Kommission dem SCEUS den Status eines Je-

an Monnet Centres of Excellence zuerkannt. Damit ist das SCEUS der erst zweite österreichische Träger dieser Auszeichnung. Mit der Erhebung zum Jean Monnet Centre of Excellence ist auch die Zuerkennung von Drittmitteln im Ausmaß von bis zu 75 000 €verbunden.

*Nähere Informationen zum SCEUS finden Sie in der Landeskorrespondenz unter:*

<http://www.salzburg.gv.at/lkorr-meldung?nachrid=41698>

*sowie auf der Webseite der Universität Salzburg unter:*

[http://www.uni-salzburg.at/portal/page?\\_pageid=465,164090&\\_dad=portal&\\_schema=PORTAL](http://www.uni-salzburg.at/portal/page?_pageid=465,164090&_dad=portal&_schema=PORTAL)



# Europäische Kommission veröffentlicht Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt

4

Am 6. Oktober 2008 hat die Europäische Kommission ein „Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt - Territoriale Vielfalt als Stärke“ veröffentlicht. Mit diesem Grünbuch (zur Information: „Grünbücher“ dienen der Europäischen Kommission grundsätzlich als Ideensammlung und leiten eine öffentliche Konsultation ein, an der sich alle Interessierten beteiligen und ihre Positionen einbringen können) wird eine umfassende Konsultation eingeleitet, die vor allem den Regionen und Kommunen die Möglichkeit bietet sich an der Debatte der zukünftigen Ausrichtung der Kohäsionspolitik und der damit verbundenen Fördermittel zu beteiligen. Mit der öffentlichen Konsultation soll die neue Zielbestimmung des „territorialen Zusammenhalts“ für die Europäische Union im Lissabon-Vertrag inhaltlich ausgestaltet werden. Insbesondere Fragen der Konzentration, der Anbindung und der Zusammenarbeit der verschiedenen Gebiete sollen gelöst werden. Im Grünbuch werden Fragen formuliert, deren Beantwortung bis Ende Februar 2009 möglich ist. Auf Basis der eingereichten Beiträge wird die Europäische Kommission im Frühjahr 2009 eine Mitteilung veröffentlichen, die der Debatte um die Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2013 eine Richtung vorgeben soll.

Die nachstehenden Fragen betreffen die wichtigsten im Grünbuch angesprochenen Themen und stecken den Rahmen für die Debatte ab, die das Grünbuch einleiten soll.

## 1. Begriffsbestimmung

Der territoriale Zusammenhalt wirft neue Fragen auf und verleiht anderen Fragen ein neues Gewicht.

- Wie kann territorialer Zusammenhalt am besten definiert werden?
- Um welche neuen Elemente könnte der territoriale Zusammenhalt das derzeitige Konzept des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der Europäischen Union ergänzen?

## 2. Umfang und Reichweite territorialer Maßnahmen

Beim territorialen Zusammenhalt geht es darum, durch einen integrierten Ansatz Probleme auf der geeigneten geografischen Ebene anzugehen. Hierfür kann die Zusammenarbeit der lokalen, regionalen und nationalen Behörden notwendig sein.

- Wie kann die EU den territorialen Zusammenhalt fördern? Wie kann ihr Beitrag unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips aussehen?
- Inwieweit sollte die territoriale Ebene der politischen Intervention auf die Art der behandelten Probleme abgestimmt sein?

- Sind für Gebiete mit geografisch bedingten Besonderheiten spezielle Maßnahmen erforderlich? Wenn ja, welche?

## 3. Bessere Zusammenarbeit

Eine verstärkte Zusammenarbeit über regionale und nationale Grenzen hinweg wirft Governancefragen auf.

- Welche Rolle sollte die Kommission bei der Förderung und Unterstützung der territorialen Zusammenarbeit spielen?
- Besteht Bedarf an neuen Formen der territorialen Zusammenarbeit?
- Besteht Bedarf an neuen legislativen und administrativen Instrumenten, um die Zusammenarbeit, auch entlang der Außengrenzen, zu vereinfachen?

## 4. Bessere Koordinierung

Die Verbesserung des territorialen Zusammenhalts setzt eine bessere Koordinierung der sektoralen und territorialen Maßnahmen sowie eine bessere Kohärenz der territorialen Interventionen voraus.

- Wie können territoriale und sektorale Maßnahmen besser koordiniert werden?
- Bei welchen sektoralen Maßnahmen sollte bei der Ausarbeitung stärker auf die territorialen Auswirkungen geachtet werden? Welche Instrumente könnten hierfür entwickelt werden?
- Wie kann die Kohärenz der territorialen Maßnahmen gestärkt werden?
- Wie können die Maßnahmen der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten besser aufeinander abgestimmt werden, damit sie zum territorialen Zusammenhalt beitragen?

## 5. Neue territoriale Partnerschaften

Um den territorialen Zusammenhalt zu verbessern, können auch weitere Kreise in die Gestaltung und Umsetzung der Maßnahmen einbezogen werden.

- Müssen neue Akteure, wie VertreterInnen der Sozialwirtschaft, lokale Akteure, Freiwilligenorganisationen und NRO, in die politische Entscheidungsfindung einbezogen werden, um den territorialen Zusammenhalt zu verwirklichen?
- Wie kann die gewünschte Beteiligung erreicht werden?

## 6. Besseres Verständnis des territorialen Zusammenhalts

- Welche quantitativen/qualitativen Indikatoren sollten auf EU-Ebene entwickelt werden, um Merkmale und Trends beim territorialen Zusammenhalt zu beobachten?

**Antworten und Anmerkungen sind bis 28. Februar 2009 an folgende Anschrift zu richten:**

Europäische Kommission  
GD Regionalpolitik  
Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt  
CSM1 4/161  
B-1049 Brüssel  
oder per E-Mail an  
REGIO-GreenPaper-Territorial@ec.europa.eu

In Salzburg koordiniert die Positionen die Raumordnungsabteilung. Ansprechpartner ist Referatsleiter Franz Dollinger: [franz.dollinger@salzburg.gv.at](mailto:franz.dollinger@salzburg.gv.at).

Das Grünbuch kann abgerufen werden unter:

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/consultation/terco/paper\\_terco\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/terco/paper_terco_de.pdf)

Detaillierte Informationen zur Konsultation sind abrufbar unter:

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/consultation/terco/consultation\\_de.htm](http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/terco/consultation_de.htm)

Weitere Informationen zum Thema finden Sie unter:

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/consultation/terco/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/terco/index_de.htm)

## EP-Verkehrsausschuss diskutiert neue Wegekostenrichtlinie

Am 3. November 2008 fand die erste Aussprache zum Entwurf eines Berichtes des belgischen Europaabgeordneten Said El Khadraoui zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 1999/62/EG über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge – der so genannten Wegekosten- oder Eurovignettenrichtlinie – im Transportausschuss des Europäischen Parlaments statt. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Meinungen zur neuen Wegekostenrichtlinie und insbesondere zur Frage der Internalisierung der externen Kosten zwischen den Europaabgeordneten ziemlich gespalten sind. Die Spanier sprechen sich grundsätzlich gegen die Internalisierung der externen Kosten aus und damit gegen den gesamten Vorschlag, VertreterInnen aus Deutschland sowie den Niederlanden fordern von der Europäischen Kommission einen Vorschlag für ein nachvollziehbares Modell zur Bewertung der Internalisierung der externen Kosten für alle Verkehrsträger (Straßen-, Schienen-, See- und Luftverkehr) und nicht nur für den LKW-Verkehr, d. h. Forderung nach einem Gesamtkonzept für alle Verkehrsträger.

**Der Zeitplan sieht derzeit folgendermaßen aus:**

Abstimmung im EP-Verkehrsausschuss im Jänner 2009  
Abstimmung im Plenum im März 2009

**Zur Erinnerung:**

Am 8. Juli 2008 hat EU-Transportkommissar Antonio Tajani einen Neuvorschlag für eine Wegekostenrichtlinie prä-

sentiert. Der größte Schritt des Richtlinienvorschlags ist die Möglichkeit zur Einbeziehung externer Kosten in die Maut. Im Kommissionsvorschlag werden zum ersten Mal die Umweltbelastungen durch Stau- und Lärmkosten sowie durch Abgase berücksichtigt. In sensiblen Bergregionen – dazu zählt auch die Tauernautobahn – könnten die geplanten neuen Zuschläge für die durch Schwerverkehr verursachten Umwelt- und Gesundheitskosten vervielfacht werden. In sensiblen Berggebieten darf der Aufschlag für Schadstoffausstoß verdoppelt und für Lärm – aufgrund der besonderen Bedingungen in Bergtälern – sogar verfünffacht werden. Durch die Internalisierung der externen Kosten in die Maut und mit der Sonderbehandlung der Alpen erfüllt die Europäische Kommission eine vom Bundesland Salzburg seit Jahren eingebrachte Forderung.

Den Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission finden Sie unter:

[http://ec.europa.eu/transport/greening/doc/road/2008\\_07\\_greening\\_transport\\_road\\_proposal\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/transport/greening/doc/road/2008_07_greening_transport_road_proposal_de.pdf)

Die Strategie zur Internalisierung der externen Kosten finden Sie in englischer Sprache unter:

[http://ec.europa.eu/transport/greening/doc/costs/2008\\_07\\_greening\\_transport\\_cost\\_communication\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/transport/greening/doc/costs/2008_07_greening_transport_cost_communication_en.pdf)

Den Berichtsentwurf zur WKRL von MdEP El Khadraoui ist abrufbar unter:

[http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004\\_2009/documents/pr/745/745505/745505de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/pr/745/745505/745505de.pdf)

Informationen zu diesem Thema finden Sie in den Extrablattausgaben Nr. 2, 4, 8, 12, 13, 14, 15, 18, 21, 33, 34 und 39:

[http://www.salzburg.gv.at/themen/se/europa/news\\_infos/extrablatt-bruessel.htm](http://www.salzburg.gv.at/themen/se/europa/news_infos/extrablatt-bruessel.htm)

## Transeuropäische Verkehrsnetze – Magistrale-Koordinator Péter Balázs legt seinen 3. Jahresbericht vor

6

Am 14. Oktober 2008 hat Péter Balázs, EU-Koordinator der Eisenbahnachse Paris – Stuttgart – München – Salzburg – Wien – Bratislava seinen dritten Jahresbericht an Vizepräsident und EU-Verkehrskommissar Tajani übergeben. Der Bericht liefert der Europäischen Kommission eine eingehende Analyse des prioritären europäischen Vorhabens Nr. 17, der so genannten Magistrale. Eine Reihe von Fortschritten gegenüber 2007 können festgestellt werden, jedoch weist der Bericht auch deutlich darauf hin, dass es nach wie vor Probleme gibt, die es in den nächsten Jahren zu lösen gilt. Dabei handelt es sich insbesondere auch um die Sicherung, dass der Abschnitt München – Mühldorf – Freilassing – Salzburg als ein Gesamtprojekt angegangen und realisiert werden muss.

Folgende Punkte betreffend den Abschnitt München – Mühldorf – Freilassing - Salzburg hebt Péter Balázs in seinem 3. Fortschrittsbericht hervor:

- Die Analyse des grenzüberschreitenden Abschnitts München – Salzburg muss auf zwei Teilabschnitten beruhen: Dem Abschnitt Freilassing – Salzburg und dem Abschnitt München – Mühldorf – Freilassing.
- Beim Abschnitt Freilassing – Salzburg befindet sich das Teilstück auf deutscher Seite, Bahnhof Freilassing – grenzüberschreitende Brücke über die Saalach, in der Planungsphase. Die wenigen Kilometer auf österreichischer Seite stehen kurz vor der Fertigstellung. Der gesamte Abschnitt soll im Jahr 2013 in Betrieb genommen werden.
- Während des mehrjährigen Programmplanungszeitraums 2007 bis 2013 sind 47,63 Millionen Euro für den

Abschnitt Freilassing – Salzburg vorgesehen. 9,75 Millionen Euro sind für den Abschnitt München – Mühldorf – Freilassing vorgesehen. Für den Abschnitt Staatsgrenze bis Salzburg-Hauptbahnhof werden insgesamt 37,88 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden.

- Trotz der vielen wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen diesen beiden vorrangigen Vorhaben, die im Rahmen der Vorbereitung der Investitionen in die Schieneninfrastruktur berücksichtigt werden müssen, unterstreicht der europäische Koordinator, dass die Notwendigkeit der Realisierung des Abschnitts München – Salzburg vor allem mit den Erfordernissen auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene entlang des vorrangigen Vorhabens Nr. 17 verbunden ist. Aus diesem Grund ist die Notwendigkeit eines Vorankommens bei diesem Abschnitt nicht von der Realisierung des Brenner-Basistunnels abhängig.

Der 3. Fortschrittsbericht ist abrufbar unter:

[http://ec.europa.eu/ten/transport/coordinators/index\\_fr.htm](http://ec.europa.eu/ten/transport/coordinators/index_fr.htm)

### Zur Information:

Im November 2008 plant die Europäische Kommission die Veröffentlichung eines Grünbuchs zur Zukunft der transeuropäischen Netze (TEN) im Bereich Verkehr und Energie. In diesem Grünbuch sollen die Optionen für die Weiterentwicklung der Politik im Bereich der TEN in den kommenden Jahren festgelegt werden.

## 11. European Health Forum Gastein – Teilnahme von EU-Gesundheitskommissarin Androulla Vassiliou - Seltene Krankheiten als Schwerpunktthema

Von 1. bis 4. Oktober 2008 fand der 11. Kongress des European Health Forum Gastein (EHFG) im Bundesland Salzburg statt. 620 TeilnehmerInnen aus 45 Staaten besuchten 2008 die Veranstaltung.

Auch 2008 hat das EHFG seine Stellung als führende gesundheitspolitische Fachveranstaltung in der Europäischen Union bewiesen. Dafür ist vor allem der ausgewogene Mix von hochrangigen EntscheidungsträgerInnen und Exper-

Innen aus Gesundheitspolitik, Gesundheitsverwaltung, Medizin, Wissenschaft, Industrie und NRO verantwortlich. Neben EU-Gesundheitskommissarin Androulla Vassiliou nahmen auch die stellvertretende WHO-Regionaldirektorin Nata Menabde sowie mehrere GesundheitsministerInnen europäischer Staaten an dem Kongress teil.

Auf Initiative und mit Unterstützung des Landes Salzburgs, insbesondere durch Landeshauptfrau und Gesundheitsreferentin Gabi Burgstaller, stand das Thema „seltene Krankheiten“ im Vordergrund. Dabei handelt es sich um Krankheiten, die laut einer Definition der EU bei maximal fünf Personen je 10.000 Einwohnern auftreten. Da die Entwicklung von Arzneimitteln für seltene Krankheiten in der Regel nicht wirtschaftlich ist, und da auch der Zugang zu bzw. die Verfügbarkeit von Therapien sehr eingeschränkt ist, wäre

eine verstärkte Koordinierung auf europäischer Ebene von besonderer Bedeutung.

Innovation in der koordinierten Versorgung, Qualität und Sicherheit, Gerechtigkeit und Gesundheit, Gesundheitsförderung – Krankheiten verhüten sowie Gesundheitsethik bildeten weitere zentrale Themen des heurigen Kongresses.

*Das gesamte Programm und die Präsentationen des European Health Forum Gastein können unter folgendem Link abgerufen werden:*

<http://www.ehfg.org/congress.html?&L=1>

*Siehe dazu ebenso in der Landeskorrespondenz:*

<http://www.salzburg.gv.at/lkorr-meldung?nachrid=41508>

## Grünbuch zu landwirtschaftlichen Qualitätsprodukten

7

Am 15. Oktober 2008 hat die EU-Kommission ein Grünbuch zu landwirtschaftlichen Qualitätsprodukten veröffentlicht und dazu gleichzeitig eine bis 31. Dezember 2008 laufende Konsultation gestartet. Ziel des Grünbuchs soll es sein eine Debatte darüber zu eröffnen, wie die europäischen LandwirtInnen aus der Qualität der von ihnen erzeugten Lebensmitteln und Getränken optimalen Nutzen ziehen können.

Mit der Konsultation möchte die Europäische Kommission die Meinung aller Organisationen und BürgerInnen einholen, die sich für die Qualität von Agrarerzeugnissen interessieren. LandwirtInnen und NahrungsmittelerzeugerInnen, Nichtregierungsorganisationen, Groß- und Einzelhändler, Vertriebsgesellschaften, VerbraucherInnen und öffentliche Stellen werden um Stellungnahme gebeten. Auf Basis dieser Konsultation wird die Kommission 2009 Optionen für die Zukunft erarbeiten. Die Kommission will prüfen, wie Qualitätsregelungen und -maßnahmen weiterentwickelt werden sollten, um dem Wunsch der Bürgerinnen und Bürger, mehr über die Qualität von Erzeugnissen zu erfahren, nach-

zukommen und den LandwirtInnen und LebensmittelproduzentInnen in der EU zu helfen, die Herausforderungen des weltweiten Wettbewerbs und der steigenden Verbraucheransprüche zu bewältigen.

Die Beiträge können bis zum 31. Dezember 2008 gerichtet werden an:

AGRI-QUALITY@ec.europa.eu  
oder an  
Grünbuch „Qualität“  
Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung  
Europäische Kommission  
B-1049 Brüssel

*Das Grünbuch sowie weitere Informationen zur Konsultation finden Sie unter:*

[http://ec.europa.eu/agriculture/quality/policy/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/quality/policy/index_en.htm)

## GAP-Gesundheitscheck: Abstimmung im EP-Ausschuss

Am 8. Oktober 2008 hat der Landwirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments über den Gesundheitscheck der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) abgestimmt. Die wichtigsten Änderungsanträge des Parlaments in Bezug auf den Kommissionsvorschlag sind folgende:

■ Betreffend die Programme zur ländlichen Entwicklung (die so genannte Modulation): Der Ausschuss plädiert dafür, dass der aktuelle Modulationssatz von 5% für Landwirte, die mehr als 5 000 € EU-Subsidien erhal-

ten, ab 2013 lediglich auf 7% erhöht werden soll und nicht, wie es die EU Kommission vorschlägt auf 13%. Für Landwirte, die:

- zwischen 100 000 € und 199 999 € erhalten, sollte die Modulation um 1 Prozentpunkt (statt 3 wie von der Kommission gefordert),
- die zwischen 200 000 € und 299 999 € erhalten um 2 Prozentpunkte (statt 6);



- die 300 000 € und mehr erhalten um 3 Prozentpunkte (statt 9) erhöht werden.
- Betreffend die Milchquoten ab 2010: Die Abgeordneten befürworten eine Erhöhung der Milchquoten um 1% für die Jahre 2009 und 2010, suchen die Kommission jedoch an, die Lage 2010 neu zu beurteilen bevor Vorschläge für die darauf folgenden Jahre gemacht werden.
- Mitgliedstaaten sollen die Möglichkeit erhalten, bis zu 15% der Gemeinschaftsfördermittel für die Unterstützung von stark betroffenen Sektoren wie Viehhaltung und Milchwirtschaft zu verwenden.
- Schließlich haben die Abgeordneten für eine Reihe Änderungsanträge betreffend die Beibehaltung von Marktinterventionen oder Verwaltungsinstrumenten im Getreide-, Fleisch- und Milchsektor gestimmt.

Das Europäische Parlament sollte laut aktueller Rechtslage zum Thema Agrarpolitik lediglich im Rahmen des Konsultationsverfahrens eine nicht bindende Stellungnahme abgeben. Die französische Ratspräsidentschaft hat sich aber bereit erklärt, die Änderungsanträge, die vom Europäischen Parlament voraussichtlich bei seiner November-Plenartagung verabschiedet werden, wie im Mitentscheidungsverfahren zu behandeln. Tatsächlich würde mit Inkrafttreten

des Lissabonner Vertrages die Agrarpolitik offiziell zu einem im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens zu beschließenden Thema werden.

*Den Ausschussbericht zum Thema GAP-Gesundheitscheck können Sie auf folgender Seite downloaden:*

<http://www.europarl.europa.eu/oeil/FindByProcnum.do?lang=2&procnum=CNS/2008/0104>

*Die diesbezüglichen Gesetzesvorschläge der Kommission finden Sie unter:*

[http://ec.europa.eu/agriculture/healthcheck/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/healthcheck/index_de.htm)

*Nähere Informationen zu diesem Thema finden Sie unter:*

[http://ec.europa.eu/agriculture/capreform/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/capreform/index_de.htm)

*Nähere Informationen zu diesem Thema finden Sie außerdem in unseren Extrablatt-Ausgaben 34, 36 und 38 unter:*

<http://www.salzburg.gv.at/extrablatt-bruessel.htm>

## Europäisches Parlament verabschiedet Bericht zur Wasserknappheit und Dürre

In einem am 9. Oktober 2008 verabschiedeten Bericht fordert das Europäische Parlament zum koordinierten Vorgehen auf der Ebene der EU und der Mitgliedstaaten wie auch auf regionaler und kommunaler Ebene in Bezug auf Wasserknappheit und Dürre auf. Es sei notwendig, so die Abgeordneten, dass im Fall von Wasserläufen, die durch mehrere Mitgliedstaaten fließen, Formen der interregionalen und staatenübergreifenden Zusammenarbeit bei der integrierten Bewirtschaftung von Wasserkörpern, insbesondere im Bereich der Landwirtschaft, zu schaffen.

Außerdem fordert das Parlament die EU zur effizienteren Wassernutzung auf. 40% des in der EU verbrauchten Wassers könnte eingespart werden, so das Parlament. Der zu hohe Wasserverbrauch sei auf Ineffizienz durch veraltete Technologien und auf Wasserverschwendung zurückzuführen. Um diesem Problem Abhilfe zu verschaffen seien laut Europäischem Parlament umfangreiche Investitionen zur Förderung in allen Wirtschaftsbereichen nötig. Die Wasserverschwendung müsse bekämpft und die Wassernutzung ausgewogener gestaltet werden, vor allem durch Mehrfachverwendung von Wasser. Die Parlamentarier sind der Meinung, dass eine Wasserpreispolitik, die am wahren Wert des Wassers orientiert ist, der Verbraucherseite Anreize bietet, Wasser sparsamer zu verwenden.

Schließlich fordern die Abgeordneten ein Kennzeichnungssystem für den Wasserverbrauch von Erzeugnissen, wie es bereits in Bezug auf Energieeffizienz existiert.

594 Abgeordneten stimmten für den Bericht, 45 dagegen, 12 enthielten sich.

*Den vom Europäischen Parlament angenommenen Bericht finden Sie unter:*

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0473+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

*Nähere Informationen zum Thema Wasserknappheit und Dürre finden Sie unter:*

[http://ec.europa.eu/news/environment/070719\\_1\\_de.htm](http://ec.europa.eu/news/environment/070719_1_de.htm)

und

<http://www.eea.europa.eu/themes/water>

(leider nur auf Englisch verfügbar)



# Globale Allianz gegen den Klimawandel

Das Europäische Parlament hat am 21. Oktober 2008 im Rahmen der Plenartagung einen Bericht zum Kommissionsvorschlag zur Schaffung einer globalen Allianz gegen den Klimawandel verabschiedet. Ziel dieser Allianz zwischen der EU und den am stärksten gefährdeten armen Entwicklungsländern (GCCA) ist es, das außenpolitische Handeln der EU bei gemeinsamen Herausforderungen im Bereich des Klimawandels und der Armutsbekämpfung zu stärken.

Vor allem fordern die Abgeordneten mehr finanzielle Mittel und ein längerfristiges Finanzierungsziel. Außerdem fordern sie ergänzende Strategemaßnahmen insbesondere in den Bereichen Schutz der Wälder und des Meeres, nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen und Zusammenarbeit bei Technologien zur Emissionsreduzierung zu entwickeln. Sie fordern zudem die Kommission auf, einen umfassenden

Plan zur Eindämmung der Entwaldung in Entwicklungsländern aufzustellen.

*Den betreffenden Initiativbericht des Europäischen Parlaments finden Sie unter:*

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0491+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

*Die Kommissionsmitteilung zur Schaffung einer globalen Allianz gegen den Klimawandel finden Sie unter:*

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2007:0540:FIN:DE:PDF>

## Soziale Integration und Bekämpfung der Armut in der EU

Am 9. Oktober 2008 hat das Europäische Parlament einen Initiativbericht mit dem Titel "Förderung der sozialen Integration und die Bekämpfung der Armut, einschließlich der Kinderarmut, in der EU" verabschiedet. Die wichtigsten Forderungen des Berichts sind folgende:

- Die Abgeordneten fordern die EU-Mitgliedstaaten auf, die Kinderarmut in der Union bis 2012 um 50% zu verringern; insbesondere kinderreiche Familien müssten über ausreichende Einkommen verfügen.
- Die Abgeordneten fordern die Mitgliedstaaten auf, für garantierte Mindestlohnsysteme zur sozialen Einbeziehung Sorge zu tragen; an den EU-Ministerrat richtet das Parlament die Forderung, eine EU-Vorgabe für Mindestlöhne (mindestens 60% des maßgeblichen Durchschnittslohns) zu vereinbaren.
- Der EU-Ministerrat soll eine EU-weite Verpflichtung vereinbaren, bis zum Jahr 2015 Obdachlosigkeit zu beseitigen.
- Das Europäische Parlament spricht sich für "aktive soziale Integrationsstrategien" aus, durch:
  - Eine zur Verhütung der sozialen Ausgrenzung ausreichende Einkommensunterstützung;

- Verknüpfung mit integrativen Arbeitsmärkten;
- Verknüpfung mit einem besseren Zugang zu Dienstleistungen hoher Qualität;
- Einbeziehung der Geschlechterdimension, Bekämpfung der Diskriminierung und aktive Beteiligung.
- Das Europäische Parlament spricht sich für die aktive Einbeziehung in den Arbeitsmarkt für die am meisten benachteiligten Gruppen aus; vorrangig sollte dem Erfordernis der Flexibilität in Bezug auf Arbeitslosigkeit und Sozialleistungen Rechnung getragen werden.

540 Abgeordnete stimmten für den Bericht, 57 dagegen, 32 enthielten sich.

*Den diesbezüglich angenommenen Text des Europäischen Parlaments finden Sie unter:*

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0467+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## Maßnahmenpaket zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben

Am 3. Oktober 2008 hat die Europäische Kommission ein Maßnahmenpaket verabschiedet, das Vorschläge zur Aktualisierung und Verbesserung bestehender EU-Rechtsvorschriften enthält.

Der Kommissionsvorschlag zum **Mutterschaftsurlaub** (mit dem die bestehende Richtlinie 92/85/EWG aus dem Jahr

1992 geändert werden soll) sieht vor, die Mindestdauer von 14 auf 18 Monate anzuheben; außerdem wird empfohlen, den Frauen während des Mutterschaftsurlaubs 100% ihres Arbeitsgeldes zu zahlen, allerdings wird den Mitgliedstaaten die Möglichkeit eingeräumt, eine Obergrenze in Höhe des Krankengelds fortzusetzen. Ferner werden die

Frauen flexibler darüber entscheiden können, wann sie den nicht obligatorischen Teil des Mutterschaftsurlaubs in Anspruch nehmen. Auch der Kündigungsschutz soll gestärkt werden, ebenso das Recht, nach dem Mutterschaftsurlaub an den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz zurückzukehren. Schließlich sollen die Frauen das Recht erhalten, nach Ende des Mutterschaftsurlaubs die ArbeitgeberIn um flexiblere Arbeitsgestaltung zu ersuchen; allerdings soll die ArbeitgeberIn das Recht haben, das Ersuchen abzulehnen.

Der Vorschlag über **selbständige Frauen** sieht vor, dass diese ebenso wie abhängig Erwerbstätige, allerdings auf freiwilliger Basis, Mutterschaftsurlaub nehmen können (damit wird die Richtlinie 86/613/EWG aufgehoben).

Der Bericht über die **Kinderbetreuungsangebote** in der EU hat einen unmittelbaren Zusammenhang festgestellt zwischen Kinderbetreuungsangeboten und Erwerbstätigkeit von Eltern. Wenn Eltern eine Erwerbstätigkeit ermöglicht wird, so kann damit auch ein Beitrag zur Verringerung der Armut trotz Arbeit und der Armut von alleinerziehenden Haushalten geleistet werden. Der Bericht enthält erstmals harmonisierte und vergleichbare Daten zur Nutzung von "formellen" Kinderbetreuungssystemen in den Mitgliedstaaten. Diese Zahlen zeigen, dass das Angebot in den meisten EU-Ländern den Bedarf bei weitem nicht deckt. Die Europäische Kommission besitzt auf diesem Gebiet keine unmittelbare Zuständigkeit. Sie wird jedoch Schritte im Hinblick auf die Erreichung der Ziele von Barcelona unterstützen und insbesondere:

- Die umfassende Nutzung der Mitfinanzierungsmöglichkeiten – beispielsweise im Rahmen des Europäischen Sozialfonds – fördern;
- gute und vergleichbare statistische Daten zur Verfügung stellen und gegebenenfalls spezifische Empfehlungen an einzelne Mitgliedstaaten richten;
- den Austausch nationaler Erfahrungen im Bereich der Kinderbetreuung fördern.

Längerfristig möchte die Kommission auch die Bedingungen für andere Formen des Urlaubs aus familiären Gründen ver-

bessern, etwa Vaterschaftsurlaub, Adoptionsurlaub und Urlaub zur Pflege betreuungsbedürftiger Familienangehöriger.

Die Vorschläge werden voraussichtlich im Laufe des Jahres 2009 im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens vom Rat verabschiedet werden. Anschließend hätten die EU-Staaten zwei Jahre Zeit, um die neuen Rechtsvorschriften in innerstaatliches Recht umzusetzen.

*Die Mitteilung über Work-Life-Balance finden Sie unter:*

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=606&langId=de>

*Den Vorschlag für eine überarbeitete Richtlinie über Mutterschaftsurlaub finden Sie unter:*

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=607&langId=de>

*Den Bericht zur Kinderbetreuung finden Sie unter:*

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=604&langId=de>

*Den Vorschlag für eine überarbeitete Richtlinie über selbständig erwerbstätige Frauen und arbeitende Ehepartner finden Sie unter:*

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=608&langId=de>

*Die Website der Europäischen Kommission – Umfrage zur Work-Life-Balance finden Sie unter:*

<http://ec.europa.eu/social/home.jsp?langId=de>

## Zuständigkeit bei Scheidungen "internationaler" Ehen

In der EU heiraten jährlich etwa 350 000 Paare, die entweder unterschiedlicher Nationalität sind, in unterschiedlichen Ländern leben oder gemeinsam im Ausland leben. In all diesen Fällen spricht man von internationalen Ehen. Am 21. Oktober 2008 hat das Europäische Parlament einen Kommissionsvorschlag in erster (und einziger) Lesung betreffend Zuständigkeit in internationalen Ehen verabschiedet. Das wichtigste Novum, das durch die neue Verordnung eingeführt wird, besteht darin, dass den Eheleuten die Möglichkeit der Wahl des zuständigen Gerichts, das

angerufen werden kann, sowie die Möglichkeit der Wahl des anwendbaren Rechts eingeräumt werden.

Das so genannte Kollisionsrecht regelt die Frage welches Recht bei Scheidungen internationaler Ehen anzuwenden ist. Allerdings ist es in unterschiedlichen Staaten unterschiedlich geregelt und führt seinerseits zu Unsicherheiten und Widersprüchen. Der vorliegende Kommissionsvorschlag soll die nationalen Kollisionsnormen angleichen. Außerdem sollen Ehepartner eine von allen Staaten anerkannte Vereinbarung über das anwendbare Recht und das zuständige Ge-

richt schließen können. Fehlt eine solche Vereinbarung, soll das anwendbare Recht nach einheitlichen Regeln bestimmt werden, die auf dem Prinzip des engsten Bezugs basieren.

Den vom Europäischen Parlament angenommenen Text finden Sie unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0502+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## Schutz von Kindern bei der Nutzung des Internets

Am 22. Oktober 2008 hat das Europäische Parlament ein neues Programm zum Schutz der Kinder bei der Nutzung des Internet und anderer Kommunikationstechnologien verabschiedet. Im Vorfeld der Abstimmung konnte zwischen Vertretern des Parlaments und des Ministerrates eine Einigung erzielt werden, so dass das Programm zum 1. Jänner 2009 starten kann. Angestrebt wird mit dem Programm die Beteiligung und Zusammenführung unterschiedlicher Akteure, deren Zusammenarbeit in diesem Bereich entscheidend ist. Zu diesen Akteuren zählen etwa die Anbieter von Inhalten und Internetdiensten, Mobilfunknetzbetreiber, Selbstregulierungsgremien der Wirtschaft, Behörden, die für die Branche, für Unterricht und Ausbildung, Verbraucherschutz, Familien, Strafverfolgung, Kinderrechte und –fürsorge zuständig sind sowie nichtstaatliche Organisationen, die sich für den Verbraucherschutz, die Familien, Kinderrechte und Kinderfürsorge einsetzen.

Laut dem vom Parlament verabschiedeten Bericht seien Kinder durch die Verbreitung der neuen Technologien und der sich ausweitenden Informationskompetenz zunehmend den Gefahren illegaler Inhalte und schädlicher Verhaltensweisen wie Belästigung, Kinderpornographie, Verbreitung rassistischer Inhalte und Anstiftung zu Selbstverstümmelung, Anorexie und Selbstmord ausgesetzt. 74% der Kinder im Alter zwischen 12 und 15 Jahren nutzen laut einer Eurobarometerumfrage das Internet mindestens 3 Stunden täglich.

Das neue Programm, das vom 1. Jänner 2009 bis zum 31. Dezember 2013 läuft, umfasst insbesondere vier Aktionsbereiche:

- Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch Verbreitung von Informationen, Beteiligung und Vorbeugung;
- Bekämpfung illegaler Inhalte sowie Bekämpfung von schädlichem Verhalten und Missbrauch im Internet;
- Förderung eines sicheren Online-Umfelds auch durch spezielle technische Instrumente;
- Aufbau einer Wissensbasis durch Förderung der Zusammenarbeit und des Austausches empfehlenswerter Verfahren auf internationaler Ebene.

Den betreffenden Kommissionsvorschlag finden Sie unter:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2006:0399:FIN:DE:PDF>

Folgende konkrete Maßnahmen fordert das Parlament mit der Einführung des neuen Programms:

- Einrichtung von Diensten zum "kontrollierten chatten" für Kinder;
- Erweiterung der Wissensgrundlage im Bereich Internet von Kindern, Eltern und Erziehern;
- Förderung von Systemen für die Rückverfolgbarkeit der Finanzbewegungen im Zusammenhang mit dem Austausch kinderpornographischer Bilder;
- Einrichtung und Bekanntmachung öffentlicher Anlaufstellen und Hotlines für die Meldung illegaler Inhalte und schädlichen Verhaltens im Online-Umfeld;
- Ermunterung zur Selbstregulierung durch die Schaffung einer Kennzeichnung "kindersicher" für Websites.

Den vom Europäischen Parlament angenommenen Text finden Sie unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0508+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Den diesbezüglichen Kommissionsvorschlag finden Sie unter:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0106:FIN:DE:PDF>

Die oben genannte Eurobarometerumfrage finden Sie unter (leider nur in Englisch verfügbar):

[http://ec.europa.eu/information\\_society/activities/sip/docs/eurobarometer/qualitative\\_study\\_2007/summary\\_report\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/information_society/activities/sip/docs/eurobarometer/qualitative_study_2007/summary_report_en.pdf)

## 12 Bedenken gegen den Einsatz von Ganzkörper-Scannern an Flughäfen

Am 23. Oktober 2008 hat das Europäische Parlament eine Entschließung verabschiedet, in der es gegenüber der EU-Kommission seine Bedenken betreffend den Einsatz von so genannten Ganzkörper-Scannern auf Flughäfen äußert. Die Abgeordneten äußern vor allem Zweifel hinsichtlich der Rechtfertigung dieser Maßnahme sowie deren Verhältnismäßigkeit und Notwendigkeit.

Bei den Ganzkörper-Scannern handelt es sich um Maschinen, die gescannte Bilder von Personen herstellen, die diese dabei so darstellen, als seien sie nackt. Für die EU-Parlamentarier hätte diese Maßnahme beträchtliche Auswirkungen auf die Grundrechte, die Privatsphäre, das Recht auf Datenschutz und das Recht auf persönliche Würde. Eine entsprechende Maßnahme müsse deshalb von umfassenden und angemessenen Garantien begleitet werden.

Die Abgeordneten fordern die EU-Kommission daher auf:

- eine Folgenabschätzung hinsichtlich der Grundrechte durchzuführen;
- den Europäischen Datenschutzbeauftragten und die EU-Grundrechteagentur zu konsultieren;

- eine wissenschaftliche und medizinische Bewertung der möglichen Auswirkungen solcher Technologien auf die Gesundheit durchzuführen sowie
- eine Bewertung der Auswirkungen auf Wirtschaft und Handel sowie eine Kosten-Nutzen-Analyse vorzunehmen.

Auch behält sich das EP das Recht vor, die Vereinbarkeit des Einsatzes von Ganzkörper-Scannern mit den Menschenrechten und Grundfreiheiten von den Juristischen Diensten der EU prüfen zu lassen und die notwendigen Follow-up Maßnahmen zu ergreifen.

*Den vom Europäischen Parlament angenommenen Text finden Sie unter:*

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0521+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## Erasmus Mundus II – Programm wird vom Europäischen Parlament verabschiedet

Das Europäische Parlament hat am 21. Oktober 2008 die zweite Phase des Programms Erasmus Mundus II auf den Weg gebracht. Erasmus Mundus soll hoch qualifizierte, ausländische StudentInnen und AkademikerInnen anwerben, nach Europa zu kommen. Die erste Phase des Programms läuft seit 2004, die zweite soll 2009 starten und ist bis 2013 angesetzt. Im Zeitraum von 2004 bis 2008 wurden 4424 Stipendien an StudentInnen aus Drittländern vergeben, 323 (davon 265 europäische) Universitäten nahmen teil. Der Exzellenzansatz, von dem die erste Stufe des Programms getragen war, soll fortgesetzt werden. Darüber hinaus zielt das neue Programm darauf ab, die interkulturelle Verständigung und die Zusammenarbeit mit Drittländern zu fördern und ihre Entwicklung im Bereich der Hochschulbildung voranzubringen. Die wichtigsten neuen Gesichtspunkte, verglichen mit der ersten Initiative, sind die Miteinbeziehung von gemeinsamen Promotionsstudi-

engängen, erhöhte Stipendien und intensiviertere strukturelle Kooperation mit Hochschulen in Drittländern. Zudem soll der Zugang zu Visa für StudentInnen aus Drittländern erleichtert werden.

*Den vom Europäischen Parlament angenommenen Text finden Sie unter:*

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0497+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

*Weitere Informationen zum Erasmus Mundus Programm finden Sie unter:*

[http://ec.europa.eu/education/programmes/mundus/index\\_de.html](http://ec.europa.eu/education/programmes/mundus/index_de.html)

## Europäisches Parlament anerkennt und übernimmt Symbole der EU

Das Europäische Parlament wird weiterhin die Symbole der EU – etwa die Flagge, die Hymne oder den Leitspruch "In Vielfalt geeint" – nutzen. Einem entsprechenden Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung des Ausschusses für konstitutionelle Fragen hat das Plenum am 9. Oktober 2008

zugestimmt. Im Vertrag von Lissabon wurde auf die Symbole der EU verzichtet.

503 Abgeordnete stimmten für den Antrag, 96 dagegen, 15 enthielten sich.



Den betreffenden Text des Europäischen Parlaments finden Sie unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0472+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## Subsidiaritätskonferenz des Ausschusses der Regionen (AdR) und des französischen Senats am 24. Oktober 2008 in Paris

Nach Berlin am 27. Mai 2004 und London am 29. November 2005 veranstaltete der AdR unter Vorsitz von Präsident Van den Brande in Zusammenarbeit mit dem französischen Senat am 24. Oktober 2008 die dritte Subsidiaritätskonferenz. Österreich war durch Landtagspräsident Van Staa (Mitglied der FK CONST), LH aD Franz Schausberger (in Vertretung des Vorsitzenden von REG LEG, Ministerpräsident Kris Peeters aus Flandern) sowie durch Vizepräsidentin Susanne Neuwirth (Bundesrat) vertreten.

Neben Kommissions-Vizepräsidentin Margot Wallström nahmen VertreterInnen des französischen Senats, des deutschen und des österreichischen Bundesrates (VPräs. Neuwirth), des tschechischen Senats, des Parlaments und des Senats der Niederlande, des griechischen und des schwedischen Parlaments, des House of Lords, der Deputiertenkammer Italiens, des polnischen Senats teil. Weitere Redner waren der französische Europa-Staatssekretär Jean-Pierre Jouyet, Roberto Formigoni, Präsident der Lombardei für das AdR-Subsidiaritätsnetzwerk, Staatssekretär Michael Schneider für die FK COTER und Staatssekretärin Anna Terron í Cusi, Katalonien, für die Fachkommission CONST, Franz Schausberger für REG LEG, Frau Izaskun Bilbao für die CALRE, EuGH-Richter Koen Lenaerts für den EuGH und Yavuz Mildon, Jean-Claude Frecon für den KGRE und der Vorsitzende der Gruppe von unabhängigen Experten über die europäische Charta der regionalen Selbstverwaltung, Professor Francesco Merloni.

Als Vertreter des flämischen REG LEG-Vorsitzenden Ministerpräsident Kris Peeters und als Vizepräsident der interregionalen Gruppe "Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen" im AdR verwies LH aD Franz Schausberger auf die während seiner Vorsitzführung in der Fachkommission CONST im Jahr 2004 und 2005 stattgefundenen Subsidiaritätskonferenzen in Berlin und London. Eingehend auf die Aussagen von STS Jean-Pierre Jouyet, wonach Frankreich den Regionen eine immer größere Rolle beimesse, kritisierte Franz Schausberger, dass diesen politischen (Lippen)Bekanntnissen eine völlig andere Realität gegenüber stehe. Er verwies auf die Ablehnung des Vorschlags für eine rechtlich verbindliche Charta der regionalen Demokratie durch sämtliche französische VertreterInnen und Vertreter in verschiedenen Steuergremien des Europarates in den vergangenen Wochen.

Kernaussage Schausbergers war die Forderung, dass aufgrund der unterschiedlichen Interessenslagen und Betroffenheiten der einzelnen Komponenten des AdR (Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen, Administrativregionen, Großstädte und kleinere Kommunen) es auch einzelnen dieser Komponenten ermöglicht werden sollte, über den AdR die Klage beim EuGH gegen Subsidiaritätsverletzungen zu erheben. Diese Forderung wird in der Regierungschefkonferenz vom REG LEG am 4. und 5. Dezember 2008 beraten und voraussichtlich verabschiedet werden. Franz Schausberger verwies diesbezüglich auf das als Minderheitenrecht konzipierte Klagerecht im Deutschen Bundestag, das für die Beratungen in der eingesetzten AdR-GO-Arbeitsgruppe als Grundlage dienen sollte.

Schließlich verwies Schausberger auf die Aktion der VRE "Subsidiarität ist ein Wort" und auf das von der Landeshauptleutekonferenz genehmigte Modell der Subsidiaritätskontrolle durch die österreichischen Bundesländer.

Vizepräsidentin Susanne Neuwirth stellte das bereits relativ gut entwickelte interne Verfahren des Parlaments und die Einbeziehung der Landtage vor. Eine eigene Datenbank wurde eingerichtet und per E-Mail werden neue Informationen versandt. Die Parlamentsverwaltung führe zudem eine juristische Vorprüfung durch. In den Beratungen des Europaausschusses werden auch immer die Länderpositionen diskutiert und politische und beamtete LänderexpertInnen eingeladen. Der Bundesrat finde sich in einer neuen Situation als Koordinator zwischen der Bundesregierung und den Landtagen sowie dem Nationalrat, um möglichst einheitliche österreichische Positionen zu entwickeln. Offen ist noch die Koordination zwischen Nationalrat und Bundesrat bei widersprüchlichen Subsidiaritätsbeurteilungen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Konferenz durch die Beteiligung zahlreicher nationaler Parlamente unterstrich, dass der AdR in der Subsidiaritätskontrolle eine Führungsfunktion unter den europäischen Institutionen einnimmt.

Nähere Informationen dazu finden Sie auf der Webseite des AdR unter:

<http://www.cor.europa.eu/pages/PressTemplate.aspx?view=detail&id=05e63032-927d-4699-bbcef5de8a94aa8>

## 76. Plenartagung des Ausschusses der Regionen

Am 08. und 09. Oktober 2008 fand in Brüssel die 76. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) statt. Unter der Leitung des belgischen Präsidenten Luc Van den Brande (EVP/ED) trafen sich die VertreterInnen der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften – darunter auch LH a. D. Franz Schausberger –, um unterschiedliche Stellungnahmen zu verabschieden. Neben der europäischen Nachbarschafts- und Bildungspolitik wurde unter anderem auch das Thema der erneuerbaren Energiequellen behandelt. Günter Verheugen, Kommissar für Unternehmen und Industrie, war ebenfalls zum AdR gekommen und hielt eine Rede, in welcher er die Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben forderte.

sowie

<http://cor.europa.eu/pages/PressTemplate.aspx?view=detail&id=2653f056-0422-4d6b-8ffe-ad833269d3a6>

Details zum Small Business Act (Förderung der Klein- und Mittelbetriebe):

[http://ec.europa.eu/enterprise/entrepreneurship/sba\\_de.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/entrepreneurship/sba_de.htm)

14

Nähere Informationen finden Sie unter:

<http://cor.europa.eu/pages/PressTemplate.aspx?view=detail&id=1d92b291-bde7-4236-bb81-2e5b9ca8c456>

## Open Days 2008

Vom 6. bis 9. Oktober 2008 fand in Brüssel die jährliche Veranstaltung der „OPEN DAYS“ statt. Diese von der Europäischen Kommission und dem Ausschuss der Regionen ausgerichtete Veranstaltung, ermöglicht es 143 Fachseminare innerhalb weniger Tage abzuhalten und weitere 235, frei zugängliche Veranstaltungen, in 32 Ländern zu besuchen. Von Seiten des Salzburger Verbindungsbüros nahm man an 3 Workshops teil. Zum einen an dem Workshop „The regional airports response to the environmental challenge“, dabei wurden unterschiedliche Vorträge zum Thema, Lärmbelastigung, lokale Luftqualität und Lebensqualität in Flughafennähe vorgetragen, des Weiteren verschiedene Lösungsmöglichkeiten dargeboten.

Ausserdem nahm das Verbindungsbüro des Landes Salzburg an der Diskussionsrunde „Sub-national public finance and cohesion policy“ teil, welche die Investitionen der Europäischen Union in verschiedene Mitgliedsländer behandelte. Zwei dieser geförderten Städte waren dazu eingeladen, um über ihre Projekte und die dabei gesammelten

Erfahrungen zu berichten. Jozef Hazlinger, Bürgermeister der Stadt Gbely in der Slowakei und Piotr Kruczkowski, Bürgermeister von Walbrzych in Polen diskutierten gemeinsam mit Jacek Rynski, von der Kommunalkredit Bank Polen über weitere Projekte.

Der dritte Workshop lief unter dem Titel „Make the switch now!“, dabei wurde das Thema Energiesparen aufgearbeitet und von unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet.

Weitere Informationen finden sind unter:

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/conferences/od2008/index.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/od2008/index.cfm)

**Hinweis:** Zu den drei oben erwähnten Workshops befinden sich im Salzburger Verbindungsbüro in Brüssel die dazugehörigen Protokolle, die sie bei Bedarf unter [bruessel@salzburg.gv.at](mailto:bruessel@salzburg.gv.at) anfordern können.

## Länderbriefing im Verbindungsbüro Salzburg zur Versammlung der Regionen Europas

Am 23. Oktober 2008 fand eine Briefingrunde mit den Kolleginnen und Kollegen der österreichischen Länderbüros und Vertreterinnen der Versammlung der Regionen Europas (VRE) im Verbindungsbüro des Landes Salzburg zur EU statt. Im Vordergrund des Briefings standen die Prä-

sentation der VRE und die Frage was die VRE konkret für die österreichischen Länderbüros in Brüssel tun kann und der Informationsaustausch zur VRE-Training-Akademie (siehe nachstehenden Artikel) sowie zu existierenden und geplanten Förderprojekten.

### Zur Information:

Die Versammlung der Regionen Europas, welche 1985 gegründet wurde, ist das größte unabhängige Netzwerk der Regionen in ganz Europa.

Mehr als 270 Regionen aus 33 Ländern und 13 interregionalen Organisationen sind Mitglieder der VRE.

Die VRE verfolgt folgende Ziele:

- Förderung des Subsidiaritätsprinzips und der regionalen Demokratie;

- Stärkung des politischen Einflusses der Regionen Europas bei den Europäischen Institutionen;
- Unterstützung der Regionen bei der Erweiterung Europas und im Rahmen des Globalisierungsprozesses;
- Entwicklung der interregionalen Zusammenarbeit in ganz Europa und darüber hinaus.

Nähere Informationen zur VRE finden Sie unter:

<http://www.aer.eu/de/home.html>

## VRE-Training Academy von 14. bis 15. Oktober 2008 in Brüssel

Wie mehrfach berichtet, veranstaltet die VRE seit zwei Jahren eine Serie von Fachvorträgen für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Brüsseler Regionalbüros sowie Regionalverwaltungen in den Mitgliedstaaten.

Die jüngste Schulung wurde, aufgeteilt auf vier Länderbüros (Wallonie, Brüssel-Europe, Friaul-Julisch Venezien und Baden-Württemberg) von sieben Vortragenden, darunter Michaela Petz-Michez, ausgeführt. Vom Amt der Landesregierung Salzburg nahm Peter Mazzucco an der Veranstaltung teil.

Am ersten Tag der Veranstaltung wurden schwerpunktmäßig und hoch komprimiert Wesen, Funktion und Institutionen der EU vorgestellt. Des Weiteren wurde der Begriff „Lobbying“ (Interessenvertretung) erläutert und die dafür notwendigen Vorgehensweisen beschrieben.

Der zweite Tag war dem Thema „Funds“ (EU-Fördermöglichkeiten) gewidmet, sowie der Vorstellung von Fallbeispielen und einer abschließenden Diskussionsrunde.

Entscheidungsfindung in der EU, Bewerbung der regionalen Anliegen und deren Umsetzung und ggfs. notwendige legislative Maßnahmen sind untrennbar und vollinhaltlich an die Anwendung der oben genannten Bereiche gebunden.

- Die permanente Überwachung der politischen Entwicklung in Bezug auf die verschiedenen Fachbereiche ist wichtig zur Erkennung des richtigen Zeitpunkts ein Anliegen zu bewerben.

- Gleichzeitiges Kontaktieren der Entscheidungsträger, Fachleute, etc. – kurzum aller am Vorhaben beteiligten Interessengruppen – ist für eine Realisierung unabdingbar. Der Auswahl an Informationsquellen sind keine Grenzen gesetzt. Zur Maximierung des Informationsvolumens spricht man hierbei von „Network the Network“.
- Die politische Rückversicherung aus den eigenen Reihen und die genaue Zieldefinition sowie eine klar strukturierte Beschreibung für die Eingabe müssen vorhanden sein. Dabei ist auf den möglichen Rahmen in Bezug auf thematische Ausrichtung und Volumen Rücksicht zu nehmen. So sind die Ziele der Lissabon Agenda als maßgeblich anzusehen und die jeweiligen Finanzrahmen zu berücksichtigen.

Die Trainings-Akademie der VER vermittelt in kürzester Zeit alle grundsätzlichen Informationen zum Thema EU. Professionelle Vortragende und eine perfekte Organisation machen dieses Seminar somit zu einem „Muss“ für alle EU-Interessierten MitarbeiterInnen.

Programm und Präsentationen zur VRE Training-Akademie finden sie unter:

<http://www.aer.eu/de/events/vre-trainingsakademie/academic-year-200809.html>

## Netzwerktreffen der Salzburgerinnen und Salzburger in Brüssel

Am 23. Oktober 2008 fand im Verbindungsbüro des Landes Salzburg zur EU ein Netzwerktreffen der in Brüssel lebenden Salzburgerinnen und Salzburger statt. Über 30 Salzburgerinnen und Salzburger, die in Brüssel leben und arbeiten, folgten der Einladung des Verbindungsbüros Salzburg. Im Rahmen der herbstlichen Zusammenkunft wurden aktuelle

EU-Themen wie unter anderem die Themen der Finanzkrise, des Klimawandels, etc. erörtert.

Das Netzwerktreffen dient insbesondere zum regelmäßigen informellen Meinungs- und Informationsaustausch und soll den in Brüssel lebenden Salzburgerinnen und Salzburger die Möglichkeit bieten andere Expatrierte kennen zu lernen.

# Bürgerforum des Europäischen Parlaments tagt in Salzburg

Auf Einladung des Informationsbüros des Europäischen Parlaments in Österreich und des Landes-Europabüros fand am 28. Oktober 2008 das Bürgerforum im Salzburger Europark statt. Landeshauptfrau Gabi Burgstaller, Stadtrat Martin Panosch sowie die Europaabgeordneten Othmar Karas und Johannes Voggenhuber diskutierten neben aktuellen Fragen aus der Wirtschaft und Sozialthemen auch die Zukunft der Europäischen Union.

Nähere Informationen zum Bürgerforum sind abrufbar unter:

Die Artikel in der Landeskorrespondenz finden Sie unter:

<http://www.salzburg.gv.at/lkorr-meldung?nachrid=41703>

sowie

<http://www.salzburg.gv.at/lkorr-meldung?nachrid=41715>

## HTL Hallein in Brüssel

16

Von 13. bis 17. Oktober 2008 besuchte eine Schulgruppe der Höheren Technischen Lehranstalt (HTL) Hallein unter der Leitung von Herrn Christian Burtscher Brüssel. Das Verbindungsbüro des Landes Salzburg zur EU unterstützte Herrn Burtscher bei der Organisation des Programms durch Terminvereinbarungen im Ausschuss der Regionen, in der Europäischen Kommission, im Europäischen Gerichtshof in Luxemburg sowie in der Ständigen Vertretung Österreichs

zur EU und im Verbindungsbüro des Landes Salzburg zur EU. Bei beiden letztgenannten Terminen hatten die Schülerinnen die Möglichkeit, sich durch Fachvorträge zu Themen wie EU-Erweiterung oder Umwelt weiterzubilden. Michaela Petz-Michez, Leiterin des Verbindungsbüros brachte den Schülerinnen und Schülern die Aufgabenbereiche des Verbindungsbüros näher.

## Gemeinde Fusch zu Besuch in der Europahauptstadt

Von Freitag, 17. Oktober 2008 bis Sonntag, 19. Oktober 2008 absolvierte die Gemeinde Fusch unter der Leitung von Bürgermeister Leo Madreiter einen dreitägigen Informationsbesuch in Brüssel. Am Freitag, 17. Oktober 2008 besuchte die 24-köpfige Gruppe nicht nur das Europäische Parlament, sondern auch das Verbindungsbüro des Landes Salzburg zur EU in Brüssel. Michaela Petz-Michez, Leiterin

des Verbindungsbüros Salzburg, gab einen Überblick über die derzeit wesentlichen Lobbyingaktivitäten des Verbindungsbüros, um Salzburger Interessen in Brüssel durchzusetzen. Insbesondere die Themen Verkehr (Wegekostenrichtlinie und Magistrale), Gesundheitspolitik aber auch der EU-Koordinator für die 380 kV-Salzburgleitung standen im Mittelpunkt der Diskussion.

## Aktuelle Förderausschreibungen – Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen – Ko-finanzierungsmöglichkeiten durch die EU

*Förderung von Informationsmaßnahmen im*

*Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik*

*Durchführung von Informations-  
maßnahmen im Rahmen der Haus-  
haltslinie 05 08 06 im Jahr 2009*

Eine Informationsmaßnahme ist eine in sich abgeschlossene und kohärente Informationsveranstaltung, die auf der Grundlage eines einzigen Finanzierungsplans durchgeführt

wird. Die Informationsmaßnahmen im Rahmen dieses Aufrufs richten sich an folgende Zielgruppen:

Die breite Öffentlichkeit in der EU-27;

die breite Öffentlichkeit in ländlichen Gebieten;

die Akteure des Agrarsektors, Landwirte und sonstige potenzielle Begünstigte der Entwicklungsmaßnahmen für den ländlichen Raum.

Der Aufruf betrifft Informationsmaßnahmen, die zwischen dem 1. Juni 2009 und dem 31. Mai 2010 umzusetzen sind. Es stehen insgesamt 2 900 000 € zur Verfügung. Der bei der Kommission beantragte Zuschuss beträgt zwischen 12 500 € und 200 000 € je Informationsmaßnahme.



Jede AntragstellerIn darf pro Haushaltsjahr nur für eine Informationsmaßnahme einen Antrag stellen.

Für diese Anträge sind besondere Formulare zu verwenden, die auf folgender Internetseite abgerufen werden können:

[http://ec.europa.eu/comm/agriculture/grants/capinfo/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/comm/agriculture/grants/capinfo/index_de.htm)

Der vollständige Antrag ist in einfacher Papierausfertigung per Einschreiben mit Rückschein bis spätestens 14. November 2008 einzusenden.

Den vollständigen Text der Aufforderung finden Sie unter:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:248:0008:0020:DE:PDF>

### *Förderung des transnationalen Vertriebs europäischer Filme*

#### *Die Vernetzung europäischer Vertriebsunternehmen – System der "selektiven" Förderung*

Diese Aufforderung richtet sich an europäische Gesellschaften, deren Aktivitäten einen Beitrag zur Verbreitung europäischer Kinofilme leisten, insbesondere an Filmverleihfirmen.

Die maximale Laufzeit der Projekte und der maximale Förderzeitraum betragen 16 Monate.

Die Förderung wird für den Vertrieb von Filmen mit einem Produktionsetat von maximal 15 Mio. € gewährt, und zwar an Zusammenschlüsse von mindestens 5 Filmverleihfirmen für Filme mit einem Etat von weniger als 3 Mio. € und an Zusammenschlüsse von mindestens 7 Filmverleihfirmen für Filme mit einem Etat zwischen 3 und 15 Mio. €.

Es stehen insgesamt Mittel in Höhe von 12 250 000 € zur Verfügung. Die Finanzhilfe darf 50% der förderfähigen Gesamtkosten nicht übersteigen.

Die Anträge müssen bei der Agentur bis spätestens 1. Dezember 2008, 1. April 2009 und 1. Juli 2009 eingereicht werden.

Der vollständige Text der Leitlinien und die Antragsformulare sind unter folgender Adresse zu finden:

<http://eacea.ec.europa.eu/media>

### *Pilotprojekt zur Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Waldbrandbekämpfung*

Diese Aufforderung wurde mit dem Ziel veröffentlicht, Projekte zur Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Waldbrandbekämpfung beschreiben zu lassen, die für eine finanzielle Unterstützung im Rahmen eines Pilotprojekts im Bereich des Katastrophenschutzes in Frage kommen. Die betroffenen Bereiche, Art und Inhalt der Maßnahmen und die Bedingungen für die Bewilligung der Finanzhilfe sind im einschlägigen Leitfaden für die Beantragung von Finanzhilfen dargelegt, der auch ausführliche Hinweise dazu enthält, wo und wann die Vorschläge einzureichen sind. Einreichfrist ist der 21. November 2008.

Der Leitfaden sowie die Antragsformulare können von der Europa-Website heruntergeladen werden unter:

[http://ec.europa.eu/environment/funding/intro\\_en.htm](http://ec.europa.eu/environment/funding/intro_en.htm)

### *Schulung einzelstaatlicher RichterInnen im Europäischen Wettbewerbsrecht und justizielle Zusammenarbeit zwischen einzelstaatlichen RichterInnen*

Eine neue Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen über die Schulung einzelstaatlicher RichterInnen im Europäischen Wettbewerbsrecht und justizielle Zusammenarbeit zwischen einzelstaatlichen RichterInnen wurde veröffentlicht

Sie können die Aufforderung unter folgender Adresse downloaden:

<http://ec.europa.eu/dgs/competition/proposals2/>

Letzter Termin für die Einreichung von Vorschlägen ist der 9. Jänner 2009.

### *Aktion 4.6 – Partnerschaften – Programm "Jugend in Aktion"*

Konkret besteht ein im Rahmen dieser Aufforderung gefördertes Projekt aus einem Tätigkeitsprogramm, das folgende Voraussetzungen erfüllt:

- Zusammenfassung einer oder mehrerer Aktivitäten der Unteraktion 1.1, 1.2 und/oder 4.3 des Programms "Jugend in Aktion".
- Vorschlag durch eine teilnahmeberechtigten AntragstellerIn, die gemäß einer der beiden folgenden Modalitäten

täten (die einander gegenseitig ausschließen) an dem Projekt beteiligt ist:

- Entweder direkte Durchführung des Tätigkeitsprogramms durch die antragstellende Einrichtung selbst
- Oder die antragstellende Einrichtung (Koordinator) übernimmt lediglich die Koordination des Tätigkeitsprogramms, das in der Tat durch eine oder mehrere andere Einrichtungen durchgeführt wird.

Die Vorschläge sind von lokalen oder regionalen öffentlichen Einrichtungen oder von in der Jugendarbeit auf europäischer Ebene tätigen Organisationen (ENRO) mit Mitgliedsorganisationen in mindestens acht Programmländern des Programms "Jugend in Aktion" einzureichen.

Zu den förderfähigen Aktivitäten, die in ein Tätigkeitsprogramm aufgenommen werden können, zählen:

- Jugendaustausch,
- Jugendinitiativen,
- Aktivitäten im Rahmen der Unteraktion 4.3. des Programms "Jugend in Aktion".

Die Programme müssen zwischen dem 1. April 2009 und dem 1. September 2009 anlaufen. Die Tätigkeitsprogramme können eine Laufzeit von zwei Jahren haben.

Die für die Kofinanzierung der Programme im Rahmen dieser Aufforderung insgesamt bereitgestellten Haushaltsmittel werden auf etwa 750 000 € veranschlagt. Der Gesamtbetrag der Finanzhilfe für jedes einzelne Projekt beträgt höchstens 100 000 €.

Die Anträge sind bis zum 1. Dezember 2008 an die Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur zu senden.

*Der Leitfaden für AntragstellerInnen und das Antragsformular sind im Internet unter folgender Adresse abrufbar:*

[http://eacea.ec.europa.eu/youth/calls2008/call46/index\\_de.htm](http://eacea.ec.europa.eu/youth/calls2008/call46/index_de.htm)

### *Programm für Lebenslanges Lernen*

Das für diese Aufforderung vorgesehene Gesamtbudget beträgt ca. 961 Mio. €. Die Höhe der gewährten Zuschüsse und die Dauer der Projektförderung variieren; maßgeblich sind beispielsweise Faktoren wie die Art des Projekts und die Anzahl der beteiligten Länder.

*Die ausführliche Fassung der Aufforderung sowie das Programmhandbuch und die Antragsformulare können unter folgender Internet-Adresse abgerufen werden:*

<http://ec.europa.eu/llp>

### *Arbeitsprogramm "Menschen" des 7. Rahmenprogramms (EG) für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration*

Es wird zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des 2009 Arbeitsprogramms des 7. Rahmenprogramms "Menschen" der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) aufgefordert.

*Praktische Einzelheiten zur Aufforderung, das 2009 Arbeitsprogramm und der Leitfaden für AntragstellerInnen sind über die Internetseite CORDIS zugänglich:*

<http://cordis.europa.eu/fp7/calls/>

### *Arbeitsprogramm 2009 des 7. Rahmenprogramms (EG) für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration*

Es wird zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Arbeitsprogramms 2009 des spezifischen Programms "Kapazitäten" des 7. Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) aufgefordert.

*Praktische Einzelheiten zu den Aufforderungen, dem Arbeitsprogramm und der Leitfaden für AntragstellerInnen sind über die Internetseite CORDIS zugänglich:*

<http://cordis.europa.eu/fp7/calls/>

### *Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des 2009 Arbeitsprogramms "Menschen" des 7. Rahmenprogramms (EG) für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration*

Für folgende Einzelaufforderung werden Vorschläge erbeten (Fristen und Mittelausstattung sind dem Wortlaut der Aufforderung zu entnehmen, die auf der Internetseite CORDIS veröffentlicht ist):

"Nacht der ForscherInnen" (Aufforderungstitel); FP7-PEOPLE-2009-NIGHT (Kennnummer der Aufforderung)

*Praktische Einzelheiten zur Aufforderung, das Arbeitsprogramm und der Leitfaden für AntragstellerInnen sind über die Internetseite CORDIS zugänglich:*

<http://cordis.europa.eu/fp7/calls>



## Zweite Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für 2008

### Simulationsübungen im Rahmen des Gemeinschaftsverfahrens für den Katastrophenschutz

Ziel ist es, Simulationsübungen im Bereich des Katastrophenschutzes beschreiben zu lassen. Die finanzielle Unterstützung erfolgt in Form von Finanzhilfen.

Die betroffenen Bereiche, Art und Inhalt der Maßnahmen und die Bedingungen für die Bewilligung der Finanzhilfe werden im einschlägigen Leitfaden für die Beantragung von

Finanzhilfen dargelegt, der auch ausführliche Hinweise dazu enthält, wo und wann die Vorschläge einzureichen sind. Die Vorschläge für die Ausschreibung müssen bis zum 19. Dezember 2008 unter der im Leitfaden angegebenen Adresse bei der Kommission eingegangen sein.

Der Leitfaden sowie die Antragsformulare können von der Europa-Website herunter geladen werden unter:

[http://europa.eu.int/comm/environment/funding/intro\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/environment/funding/intro_de.htm)

## Projektpartnerschaften

### Langlaufen durch finnische Projekt gefördert

Die finnische Oulu Universität für angewandte Wissenschaften hat gemeinsam mit einem in Finnland ansässigen Sportinstitut das Projekt E-Ski International ins Leben gerufen. Die Initiative zielt drauf ab, Langlaufen sowohl für Freizeit- als auch für ProfisportlerInnen attraktiver zu machen. Für das Projekt werden noch PartnerInnen gesucht, die Wissen über Skitechnologie, Ausstattung oder Skigebiete einbringen können.

Kontaktpersonen:

Antti Haapalathi, Projektmanager (Oulu University of Applied Sciences): [anttih@oamk.fi](mailto:anttih@oamk.fi)

Seppo Kangas, Rektor Virpiniemi Sports Institute: [seppo.kangas@virpiniemi.net](mailto:seppo.kangas@virpiniemi.net)

Nähere Informationen zu diesem Projekt können vorab ebenfalls im EU-Verbindungsbüro unter [bruessel@salzburg.gv.at](mailto:bruessel@salzburg.gv.at) angefordert werden

### Oslo sucht ProjektpartnerInnen für die Entwicklung eines Ausbildungsmodells

Der Stadtteil Sagene in Oslo, Norwegen sucht eine PartnerIn für das ASSIST-Projekt, welches vom integrierten Pro-

gramm für lebenslanges Lernen – Leonardo da Vinci – gefördert wird.

In Sagene wurde ein Modell entwickelt um die Ausbildung von beruflich qualifizierten und nicht professionellen Lehrenden zu vereinen.

Das ASSIST-Projekt basiert auf diesem Ausbildungskonzept („Sagene Modell“).

Gesucht wird nun ein Partner, der sich dazu bereit erklärt, das Modell zu testen. Idealerweise ist dieser Partner eine Gemeinde oder Stadtbezirk, indem nicht nur professionelle VorschullehrerInnen, sondern auch AssistentInnen mit geringer Ausbildung tätig sind.

Interessierte können sich mit der Projektkoordinatorin, Frau Mari Gakkestad ([mari.gakkestad@bsa.oslo.kommune.no](mailto:mari.gakkestad@bsa.oslo.kommune.no)) in Verbindung setzen.

Nähere Informationen zu diesem Projekt können vorab ebenfalls im EU-Verbindungsbüro unter [bruessel@salzburg.gv.at](mailto:bruessel@salzburg.gv.at) angefordert werden

## Publikationen – Veranstaltungen – Sonstiges

### Jahrbuch der Regionen 2008

Welche EU-Region hat den höchsten Anteil von Arbeitskräften im Spitzentechnologiebereich? Welche Region berichtet über die höchste Zahl an Hotelübernachtungen? Und welche Region weist den niedrigsten Anteil an Verkehrstoten auf?

Antworten auf diese und viele weitere Fragen gibt die Ausgabe 2008 des Eurostat-Jahrbuchs der Regionen, das von

Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, am 30. Oktober 2008 veröffentlicht wurde. Es stellt einen Überblick über die jüngsten wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Entwicklungen in 271 Regionen der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie in Regionen der drei Kandidatenländer (Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und die Türkei) und der vier EFTA-Länder (Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz) dar.

Das Eurostat Jahrbuch der Regionen 2008 enthält Kapitel zu folgenden Themen: Bevölkerung, Städtestatistik, Bruttoinlandsprodukt, Haushaltskonten, strukturelle Unternehmensstatistik, Arbeitsmarkt, Verkehr, Tourismus, Wissenschaft, Technologie und Innovation, Gesundheit, Landwirtschaft, Arbeitskosten und sektorale Produktivität.

Das Bundesland Salzburg gehört nach Tirol in Österreich zu den Top-3-Regionen betreffend die Übernachtungsquoten in Hotels.

Die Pressemitteilung von Eurostat finden Sie unter:

[http://epp.eurostat.ec.europa.eu/pls/portal/docs/PAGE/PGP\\_PRD\\_CAT\\_PREREL/PGE\\_CAT\\_PREREL\\_YEAR\\_2008/PGE\\_CAT\\_PREREL\\_YEAR\\_2008\\_MONTH\\_10/1-30102008-DE-AP.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/pls/portal/docs/PAGE/PGP_PRD_CAT_PREREL/PGE_CAT_PREREL_YEAR_2008/PGE_CAT_PREREL_YEAR_2008_MONTH_10/1-30102008-DE-AP.PDF)

## *Sacharow-Preis 2008 an chinesischen Bürgerrechtler Hu Jia verliehen*

Der vom Europäischen Parlament jährlich vergebene Sacharow-Preis für geistige Freiheit geht dieses Jahr an den chinesischen Menschenrechtler und Dissident Hu Jia.

Der prominente Verteidiger der Bürgerrechte engagiert sich für eine offizielle Untersuchung des Massakers von 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens und setzt sich außerdem für Umweltschutz und für HIV/AIDS- Betroffene ein.

Weitere Informationen zum Sacharow-Preis finden sie unter:

[http://www.europarl.europa.eu/sakharov/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/sakharov/default_de.htm)

## **Internes**

Wir danken Frau Frau Marlene Gois und Frau Christina Piki, die im Rahmen ihrer Tätigkeit als Volontärinnen im Verbindungsbüro des Landes Salzburg an der Erstellung des Extrablattes Nr. 41, November 2008, mitgearbeitet haben.

Seit 29. September 2008 und bis Ende Dezember 2008 absolviert Herr Peter Mazzucco aus der Maschinenbauabteilung des Amtes der Salzburger Landesregierung ein internes Praktikum im Verbindungsbüro des Landes Salzburg zu EU.



## **Ausblick auf die nächste Extrablattausgabe:**

*Teilnahme von Landeshauptfrau Gabi Burgstaller am AdR*

*Arbeitsgespräch der Landeshauptfrau mit EU-Energiekommissar Andris Piebalgs in Brüssel*

*Veranstaltung mit dem Salzburger Schriftsteller Karl-Markus Gauß in Brüssel*

*EuRegio-Präsidium von 26. bis 27. November 2008 in Brüssel*

*Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2009*

*Mitteilung der Europäischen Kommission zu seltenen Krankheiten*

*Grünbuch zur Überprüfung der Politik der transeuropäischen Energienetze*

*Grünbuch über die Gesundheitsberufe*

*EP-Plenartagung von 17. bis 20. November 2008*

21

### *Impressum:*

Land Salzburg, Büro Brüssel, Rue Frédéric Pelletier 107, B-1030 Brüssel,  
T: +32 2 74 30 760, F: +32 2 74 30 761, F intern: 3306, E: [bruessel@salzburg.gv.at](mailto:bruessel@salzburg.gv.at)  
[www.salzburg.gv.at/themen/se/europa/kontakte/eu-vbb.htm](http://www.salzburg.gv.at/themen/se/europa/kontakte/eu-vbb.htm)

Redaktion & Bearbeitung:

© Michaela Petz-Michez; Céline Theissen

Koordination: Maren Kuschnerus

Redaktionsschluss: 5. November 2008